

Fünf Schritte zur Postwachstumsökonomie

von Niko Paech

Niko Paech ist Volkswirtschaftler und seit 2010 Gastprofessor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. Er gehört zu den prominentesten Wachstumskritiker_innen in Deutschland.

Dieser Textauszug stammt aus dem Artikel „Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum zur Postwachstumsökonomie“, erschienen in *Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziales Recht. Gutes Leben*, von Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger, Barbara Muraca und Alexis Passadakis, VSA Verlag, 2011. Mit freundlicher Genehmigung zur Nutzung von Niko Paech.

Die Postwachstumsökonomie ist das Resultat eines schrittweisen Rückbaus industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme und Infrastrukturen.

a) Suffizienz: Manche Konsumaktivitäten können, statt in Objekte der Selbst- oder Regionalversorgung transformiert zu werden, ersatzlos entfallen. Das Suffizienzprinzip verinnerlicht die Antithese zur Steigerungslogik konsumtiver Selbstverwirklichungsansprüche: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Es geht darum, Wohlstandsschrott auszumustern, der nur unser Leben verstopft, obendrein Zeit, Geld, Raum sowie ökologische Ressourcen beansprucht. Dafür liefert eine neue „zeitökonomische Theorie der Suffizienz“ (Paech 2010) längst Beweggründe jenseits moralischer Imperative: In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die niemand mehr bewältigen kann, werden Reduktion, Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz. Das zunehmend „erschöpfte Selbst“ (Ehrenberg 2003) verkörpert die Schattenseite einer Jagd nach Glück und Selbstinszenierung, die in Stress umschlägt. Was hier noch wächst, ist der Markt für Antidepressiva. Auch wenn Suffizienz eher das Resultat eines kulturellen Wandels darstellen dürfte, sind unterstützende Rahmenbedingungen denkbar, die von Maßnahmen der Nachhaltigkeitskommunikation und -bildung bis zum Verbot von kommerzieller Werbung reichen können.

b) Subsistenz: Wer von monetär basierter Fremdversorgung abhängig ist, lebt stets in der Furcht, „Globalisierungsoffer“ zu werden, wenn Firmen schließen, Löhne sinken oder Preise steigen. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen, vor allem handwerkliche Tätigkeiten. Durch eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auf durchschnittlich 20 Stunden ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, „urbane Subsistenz“ (Dahm/Scherhorn 2007), Community-Gärten¹, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würden zu einer graduellen „De-Globalisierung“ (Bello 2005) verhelfen.

c) Regionalökonomie: Viele Bedürfnisse ließen sich durch regionale Märkte bis hin zu einer „Community Supported Agriculture“ (CSA)² befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalen Abhängigkeiten befreien. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

d) Stoffliche Nullsummenspiele: Infolge der obigen Strategien bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex in etwa nur noch halb so groß sein – zumindest wenn die durchschnittliche Erwerbsarbeit auf etwa 20 Stunden reduziert würde. Zudem wäre der Rest an industrieller Struktur so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung.³

¹ Vgl. Meyer-Renschhausen (2004)

² Vgl. <<http://www.entrup119.de>>.

³ Vgl. Vgl. Paech (2005, S. 447 ff.)

Klassische „Produzenten“ würden durch Anbieter abgelöst, die nicht an einer weiteren Expansion der materiellen Sphäre, sondern an deren Aufarbeitung und Optimierung orientiert wären. Durch Maßnahmen des Erhalts, der Wartung und vorbeugenden Verschleißminderung würden sie die Lebensdauer und Funktionsfähigkeit des Hardware-Bestandes verlängern. Durch Reparaturdienstleistungen würden defekte Güter seltener ausrangiert; durch Renovationsstrategien des Typs „Umbau statt Neubau“ würde aus vorhandenen Gütern weiterer Nutzen extrahiert, in dem diese funktional und ästhetisch an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst würden, und somit möglichst lange im Kreislauf einer effizienten Verwendung verblieben. Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Reduktion der Neuproduktion beitragen.

Ein Beispiel: Wenn es gelänge, die durchschnittliche Nutzungsdauer von Notebooks kraft obiger Maßnahmen zu verdoppeln, könnte die Produktion halbiert werden, ohne die Verfügbarkeit der Konsumfunktionen zu schmälern. Infolge reduzierter Neuanschaffungen würde weniger Einkommen, also auch weniger Arbeitszeit benötigt. Dies wiederum hieße, dass Zeit verfügbar wird, durch Eigenarbeit Leistungen zu erbringen, die vormals finanziert werden mussten, was weitere finanzielle Entlastungen impliziert. Damit schließt sich ein Kreis zum Schritt b), denn Subsistenz verhilft nicht nur zu mehr Autonomie, sondern spart Geld. Obendrein kann sie in produktiven, insbesondere handwerklichen Beiträgen bestehen, durch die Industrieprodukte im obigen Sinne selbsttätig instandgehalten und repariert werden. Das oft zu vernehmende Argument, dass eine Halbierung der Erwerbsarbeit und folglich der Produktion den materiellen Wohlstand halbiert, ist also nicht haltbar. An die Stelle materieller Ressourcen, die bislang zur Neuproduktion eingesetzt wurden, treten drei dekommodifizierte Ressourcen: (1) Eigene handwerkliche Fähigkeiten zur Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung, (2) Zeit, die dazu nötig ist und (3) soziale Interaktionen zwecks Gemeinschaftsnutzung.

e) Institutionelle Innovationen: Verschiedene, hier nur skizzenhaft und unvollständig genannte Rahmenbedingungen könnten die Postwachstumsökonomie unterstützen: Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen würden systemimmanente Wachstumszwänge mildern. Regionalwährungen könnten mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen werden. Veränderte Unternehmensformen könnten die Gewinndynamik dämpfen. Der Subventionsdschungel könnte durchforstet werden, um gleichermaßen ökologische Schäden und öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Infrastrukturen wären sinnvoll. Insbesondere Industrieparkanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären zu entsiegeln und zu renaturieren. Ansonsten können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologie zu reduzieren. Weiterhin ließen sich Rebound-Effekte eindämmen, wenn der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff endlich durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert würde. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2–4 Tonnen), das übertragbar sein könnte. Unternehmen wären zu verpflichten, alle Produkte mit dem CO₂-Footprint entlang des gesamten Lebenszyklus zu kennzeichnen.